

Bessere gesundheitliche Vorsorge

Prävention stärken – noch in dieser Wahlperiode!

Von Erwin Rüdell MdB

Die Koalition hat mit dem Gesetz zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FinG) und dem Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz (AMNOG) sowie mit dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz (GKV-VStG) und dem Patientenrechtegesetz (PRG) unser Gesundheitswesen solide durchfinanziert und sichergestellt, dass die Patienten weiterhin auf eine weltweit vorbildliche gesundheitliche Versorgung und auf Teilhabe aller am medizinischen Fortschritt vertrauen können.

Jetzt ist es an der Zeit, auch die gesundheitliche Vorsorge grundlegend anzugehen. Wir haben zwar in Deutschland bereits deutliche Fortschritte erreicht, etwa in der Krebsvorsorge. Die Überlebenschancen und die Lebensqualität krebserkrankter Menschen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verbessert.

Das hängt auch mit der gewachsenen Sensibilität für eine vorbeugende Lebensweise zusammen. Im Bereich der Prävention gibt es die Kampagnen zu den bekannten Risikofaktoren Tabak, Alkohol, UV-Strahlung, ungesunde Ernährung und Bewegungsmangel.

Ferner haben wir die Früherkennungsprogramme der Krankenkassen und eine im internationalen Vergleich vorbildliche Prävention auf dem Gebiet des umwelt- und arbeitsplatzbezogenen Krebschutzes. Aber wir wollen und müssen mehr tun: Das neue Krebsregister und die bereits beschlossenen Verbesserungen bei Vorsorge und Früherkennung weisen hier die Richtung.

Gesundheit setzt bei erfolgreicher Prävention an

Älter werden wir von ganz allein. Gesundheit und Lebensqualität im Alter kommen dagegen nicht von selbst. Aber jeder für sich kann etwas dafür tun, und wir können auch als Gesetzgeber dazu beitragen.

In der Konsequenz heißt das: Wir brauchen in der Gesundheitspolitik einen Paradigmenwechsel hin zur

Prävention. Sie muss gleichwertig neben Behandlung und Rehabilitation stehen.

Die Koalition wird deshalb noch in der laufenden Legislaturperiode des Bundestags ein umfangreiches, neues Programm zur gesundheitlichen Vorsorge auf den Weg zu bringen. Was wir heute für eine bessere Prävention aufwenden, kommt schon morgen den Versicherten zugute und entlastet zudem unser Gesundheitssystem.

Wir wissen, dass viele Menschen an zum Teil vermeidbaren Volkskrankheiten wie Herz-Kreislauferkrankungen, Diabetes, Allergien, Krebs, Erkrankungen des Stütz- und Bewegungsapparates oder psychischen Erkrankungen leiden. Das Ziel der Politik muss es daher sein, die verhaltens- und lebensstilbedingten Erkrankungen durch eine Stärkung des Gesundheitsbewusstseins und ein verändertes Gesundheitsverhalten zu reduzieren. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, das Bewusstsein von Eigenverantwortung zu fördern und Vorsorgeangebote möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen. Und das gilt mit Blick auf alle gesellschaftlichen Schichten.

Gute Vorsorge steigert die Lebenserwartung

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das Beispiel Finnlands, wo die Zahl der Herzinfarkte durch präventive Maßnahmen drastisch zurückgegangen ist: Zwischen 1977 und 1995 hat dort die Zahl der Herzerkrankungen um 60 Prozent abgenommen; gleichzeitig ist die durchschnittliche Lebenserwartung in Finnland um rund sechs Jahre gestiegen – und damit deutlich stärker als in anderen europäischen Ländern.

Ein überzeugendes Argument für eine stärkere Prävention ist ferner, dass in den vergangenen Jahrzehnten allein durch eine bessere Zahnvorsorge die Zahl der Karieserkrankungen bei Kindern und Jugendlichen um 70 Prozent zurückgegangen ist. Zudem sind unter den über 65-Jährigen nur noch 25 Prozent auf

einen völligen Zahnersatz angewiesen; in den letzten zehn Jahren ist der Bedarf an Totalprothesen um etwa 20 Prozent zurückgegangen.

Schätzungen von Experten gehen davon aus, dass in Deutschland durch eine langfristig angelegte Präventionsstrategie zwischen 25 und 30 Prozent der Gesundheitsausgaben eingespart werden könnten. Das belegt, dass die Präventionsausgaben von heute in jeder Hinsicht eine gute Investition in die Zukunft sind – für die Versicherten ebenso wie für unser Gesundheitswesen.

Wir benötigen eine koordinierte Strategie auf nationaler Ebene, um noch besser und wirkungsvoller über die hauptsächlichsten Gesundheitsrisiken aufzuklären. Nicht zuletzt unterstreicht auch eine stetig älter werdende Bevölkerung die Bedeutung einer guten Gesundheitsvorsorge.

Für eine nationale Präventionsstrategie

Es spricht also alles dafür, ein umfassendes Aktionsprogramm zur gesundheitlichen Vorsorge aufzulegen. Die notwendigen Maßnahmen sollten auf nationaler Ebene abgestimmt und koordiniert werden, und zwar unter Beteiligung von Bund, Ländern, Gemeinden, Krankenkassen, Ärzten, Schulen und Kindergärten.

Dabei setzen wir uns bis zum Jahr 2020 konkrete und ehrgeizige Ziele:

- die Senkung der Diabetes-Erkrankungen um 10 Prozent,
- die Senkung der psychischen Erkrankungen am Arbeitsplatz um 20 Prozent,
- die Senkung der Rückfallquote beim Herzinfarkt um 10 Prozent,
- die Steigerung bei Untersuchungen zur Krebsfrüherkennung um 20 Prozent,
- deutliche Verbesserungen in der betrieblichen Gesundheitsförderung sowie
- geeignete Maßnahmen zur Steigerung der Impfquoten.

Dabei erwarte ich mir insbesondere von den Tarifpartnern wirksame Unterstützung. Der betrieblichen Gesundheitsvorsorge kommt eine zentrale Bedeutung zu. Denn über ihren Arbeitsplatz sind mehr als 41 Millionen Menschen in Deutschland direkt zu erreichen, also die Hälfte der Bevölkerung. Sowohl die Arbeitgeber wie die Gewerkschaften müssen ein großes Inter-

esse an gesunden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben und sollen deshalb entscheidend zum Erfolg eines neuen Vorsorgeprogramms beitragen.

Zusätzliche Mittel für die Vorsorge

Wir wollen, dass künftig jedes Jahr rund 200 Millionen Euro zusätzlich in die Prävention fließen. Dafür sollen die Kassen ihre Ausgaben für Prävention von derzeit 2,86 Euro auf sechs Euro pro Versicherten erhöhen.

Davon gehen zwei Euro in die betriebliche Gesundheitsförderung, um die Menschen am Arbeitsplatz zu erreichen. Ein Euro soll in die Arbeit in andere Lebenswelten wie Schulen, Kindergärten und Vereine investiert werden. Rund 50 Cent erhält die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) für ihre Kampagnen. Damit wird der Etat für die Präventionsarbeit verdreifacht. Für Leistungen in anerkannten Kurorten sollen Mehrausgaben in einer Größenordnung von 15 bis 20 Millionen Euro eingeplant werden.

Insgesamt fließen auf diese Weise 420 Millionen Euro – und damit deutlich mehr als bisher – originär in die Prävention. Erreichen müssen wir mit diesen Mitteln vor allem auch diejenigen Versicherten, die bislang wenig oder gar nicht gesundheitsbewusst leben. Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) soll deshalb einen Teil der für Präventionsmaßnahmen vorgesehenen Mittel ganz gezielt für die Prävention bei Menschen mit Migrationshintergrund oder niedrigem Bildungsstand einsetzen.

Betriebliche Gesundheitsförderung: Prävention belohnen

Besonderes Augenmerk gilt der betrieblichen Prävention. Unternehmen aller Größenordnungen sind angesprochen, hierbei nach Kräften mitzuziehen. So sollen beispielsweise Ansprechpartner bei den Handelskammern den Firmen bei der Ausgestaltung betrieblicher Gesundheitsprävention helfen. Unternehmen müssen verstärkt erkennen, dass sich Investitionen in die Gesundheitsvorsorge der Mitarbeiter bezahlt machen und im ureigenen betrieblichen Interesse liegen.

Deshalb soll es künftig auch möglich sein – vorausgesetzt, Betriebsrat, Unternehmensführung und Kassen einigen sich auf Präventionsprogramme –, dass Kassen niedrigere Gruppentarife anbieten. Der heutige

Einheitssatz von 15,5 Prozent würde durch solche Tarife aufgeweicht. Im Gegenzug für günstige Spezialtarife der Krankenkassen sollen die Versicherten bei den Gesundheitsangeboten mitmachen. Hier eröffnet sich für Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Kassen ein dankbares Betätigungsfeld – denn von gesünderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern profitieren nicht nur diese selbst, sondern auch deren Firmen und Krankenkassen.

Ich denke in diesem Zusammenhang auch und gerade an das Thema Burnout, welches in der Öffentlichkeit zunehmend diskutiert wird und zu dem erst jüngst neue und besorgniserregende Zahlen veröffentlicht wurden. Ein herausgehobener Aspekt betrieblicher Vorsorge müssen deshalb die psychischen Belastungen älterer Mitarbeiter sein.

Mehr Lebensqualität bei geringeren Kosten

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP verabredet, die gesundheitliche Vorsorge „zielgerichteter“ zu gestalten und Aufgaben und Finanzierung „klarer“ zu verteilen. Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) hat zwischenzeitlich einen entsprechenden Referentenentwurf erstellt.

Aus meiner Sicht kommt es bei den anstehenden Beratungen entscheidend darauf an, dass nunmehr

- die Ziele der Prävention vom Bundestag möglichst konkret für die kommenden acht Jahre beschlossen werden,
- die Gründung eines Nationalen Rats für Prävention und Gesundheitsförderung erfolgt,
- die finanziellen Rahmenbedingungen deutlich verbessert werden,
- vor allem die betriebliche Gesundheitsförderung grundlegend gestärkt wird und
- von Bonus-Regelungen oder Beitragsrückerstattungen wirksame Anreize zur Stärkung des Gesundheitsbewusstseins ausgehen.

Die Botschaft ist eigentlich ganz einfach: Wer auf gute Ernährung achtet, sich ausreichend bewegt und Krankheiten vorbeugt, lebt nicht nur gesünder und erfreut sich einer höheren Lebenserwartung, sondern verursacht auch weniger Kosten.

Ich hoffe sehr, dass wir uns im Deutschen Bundestag noch vor der Sommerpause auf eine verbindliche Präventionsstrategie und auf konkrete Ziele verständigen werden. Damit würde die erfolgreiche Gesundheitspolitik der letzten drei Jahre abgerundet. Wir begegnen damit nicht zuletzt auch den Problemen einer rasch alternden Gesellschaft. Denn gute Vorsorge dient der Gesundheit und steigert die Lebensqualität – in jedem Alter.

© gpk